

# nachrichten

## Prabowos Rolle zur Entführung der Aktivisten untersucht

12. August: Der von Verteidigungsminister und Militärchef Wiranto ins Leben gerufene ›Offiziers-Ehrenrat‹ (DKP) untersuchte die Rolle von Generalleutnant Prabowo Subianto im Zusammenhang mit den Entführungen diverser Aktivi-

sten. Prabowo ist der ehemalige Chef des elitären Sonderkommandos Kopassus und Schwiegersohn von Alt-Präsident Suharto. Mit Prabowos Schicksal verknüpft sind die Karrieren von Generalmajor Muchdi und Colonel Chairawan (beide Ex-Kopassus). Nach der etwa siebenstündigen Untersuchung verkündete der Vorsitzende des DKP, General Subagyo Hadisiswoyo, der auch den Posten des Armeechefs (KSAD) besetzt, Prabowo habe während verschiedener Gelegenheiten den Befehl »von oben« erhalten,

»die Unruhen zu unterbinden«. Dann jedoch sei der Befehl von Prabowo falsch ausgelegt worden, was zur Entführung der betreffenden Personen führte.

Dieser Schluß sorgte gleichzeitig für die Entlastung des damaligen Oberbefehlshabers (Pangab) Feisal Tanjung und des damaligen Armeechefs General Wiranto. Die Diskussion, wer der oberste Drahtzieher der Entführungen sein könnte, ist bis dato noch nicht abgeschlossen.

Mit der Dauer der Untersuchung werden gleichzeitig

vermehrt Stimmen laut, die den Fall vor dem obersten Militärgericht (mahmil) ausgetragen sehen wollen. Falls bestätigt sei, daß man es mit einem Verbrechen von Seiten eines oder mehrerer Offiziere zu tun hätte, so die Argumentation, sei der DKP nicht länger zuständig. Die Frage der weiteren Zuständigkeit steht bislang noch offen. Weitere Untersuchungen, Anhörungen etc. sind jedenfalls für Mitte bis Ende August vorgesehen.

vgl. *Suara Merdeka* 11.8.; *Media Indonesia* 14.8.; *Waspada* 17.8.

## Gedenken an den 27. Juli 1996

Yogyakarta: Die Gedenkveranstaltungen zum zweiten Jahrestag der Besetzung der PDI-Parteizentrale in Jakarta endeten in heftigen Auseinandersetzungen. In Yogyakarta (Zentraljava) fielen die Bürogebäude der PDI und der islamisch orientierten ›Nationalen Einheitspartei‹ PPP Brandanschlägen zum Opfer. Ferner trugen 12 Mitglieder der PDI leichte Verletzungen davon.

Wie in zahlreichen vergleichbaren Fällen deutete zu Beginn des Programms nichts auf eine spätere Eskalation der Lage hin. Auf die offizielle

Kundgebung der PDI folgte ein Fahrzeugkonvoi durch die Straßen Yogjakartas, der gleichermaßen geordnet verlief. Wie es genau zu den Unruhen kam, mußte niemand so recht zu rekonstruieren.

Sowohl von Seiten der örtlichen PDI als auch der PPP wurden die Auseinandersetzungen im Anschluß als »Taten einer bestimmten Gruppe« gewertet, die den Bruch zwischen den beiden Lagern im Augenmerk gehabt hätten und der Veranstaltung der PDI aufrührerischen Charakter verleihen wollten.

vgl. *Jawa Pos* 27.7., 28.7.

## Diskussion um Wahlsystem

Die Debatte über diese Frage ist nicht neu, jedoch im Zuge der angestrebten Reform auf allen Gebieten aktueller denn je. Zahlreiche Politiker, Intellektuelle etc. drängen für die kommenden Wahlen auf eine Übernahme des Distriktsystems. Die ablehnende Seite gibt jedoch zu bedenken, daß nicht das System einer Wahl

die Qualität der letztlich Gewählten bestimmt, sondern die Art, wie das (theoretische) System in die Realität umgesetzt wird. Insgesamt favorisiert wird unter den Reformkräften heute in erster Linie eine Kombination aus Distrikts- und proportionalem System, daß sogenannte ›System Distrikt Plus‹

vgl. *Republika* 14.8.

## Beliebtheit Megawati Soekarnoputris

Die Generalvorsitzende der ›Demokratischen Partei Indonesiens‹ (PDI), Megawati Soekarnoputri, ist als Siegerin aus einer Umfrage der Tageszeitung ›Waspada‹ im Rahmen der Präsidentschaftsnachfolge hervorgegangen. Das Blatt hatte zu diesem Zweck die Meinung einer repräsentativen Bevölkerung in Medan, Sumut und Aceh untersucht. Megawati wurde mit 38,8 % der Stimmen zur favori-

sierten Präsidentin der Zukunft gewählt, knapp gefolgt von Amien Rais (37,1 %) und B.J. Habibie (12,9 %). Weitere Stimmenanteile fielen auf den ehemaligen Vizepräsidenten Try Sutrisno (4,5 %) und Verteidigungsminister und Militärchef General Wiranto (1,9 %). Genannt wurden auch die Namen Sri Bintang Pamungkas und Emil Salim.

vgl. *Waspada* 17.8.

## Entlassung ehemaliger PKI-Sympathisanten angekündigt

Yogyakarta: Justizminister Prof. Muladi kündigte die baldige Freilassung von 73 politischen Gefangenen an, die sich aufgrund ihrer Nähe zur verbotenen Kommunistischen Partei (PKI) und Teilnahme am kommunistisch inspirierten Putschversuch 1965 in Haft befinden.

Das Alter der Betroffenen übersteigt in den meisten Fällen 70 Jahre; der Älteste, ein hundertjähriger Mann, hatte mehr als die letzten 30 Jahre im Gefängnis verbracht.

Zur ebenfalls angekündigten Entlassung von Aktivisten der ›Demokratischen Volkspartei‹ (PRD) ließ Muladi verlauten, daß man noch auf den Abschluß der gerichtlichen Untersuchun-

gen warten müsse. Laut Muladi sei ihre Freilassung jedoch gesichert, falls erwiesen werde, daß kein Versuch vorgelegen hat, die Pancasila zu stürzen.

Als Motiv der Regierung verwies der Justizminister u.a. auf die Interessen des Volkes und betonte gleichermaßen die gewachsene Relevanz von Menschenrechten. Man plane außerdem, das berüchtigte Notstandsgesetz Nr. 11 aus dem Jahre 1963 abzuschaffen, das seither über ›umstürzlerische Umtriebe‹ richtet. Muladi fügte an, auch dieses sei nicht länger mit der internationalen Stellung der Menschenrechte vereinbar.

vgl. *Jawa Pos* 12.7.

## Kandidatur

Neutrale Beobachter zeigen sich zuversichtlich, daß der Präsidentschaftskandidatur der PDI-Generalsitzenden Megawati Soekarnoputri von Seiten der Regierung keine größeren Hindernisse in den Weg gelegt werden. Was die Regierung am meisten benötige, so der politische Analyst Arbi Sanit von der ›Universität Indonesien/Jakarta, ist das Vertrauen der Bevölkerung. Aus diesem Grunde werde man nicht den Fehler begehen und eine Symbolfigur der Reformbe-

wegung bekämpfen. Auch betreffs einer baldigen Zusammenführung der beiden gegensätzlichen PDI-Fraktionen — unter Megawati und unter Soerjadi — ist Sanit optimistisch. Seiner Meinung nach sei die Auflösung des Zentralrats unter dem von der damaligen Regierung 1996 ins Amt beförderten Soerjadi »eine Frage der Zeit«. Gegenwärtig warte man nur auf den richtigen Moment um diesen Schritt durchzuführen.

vgl. *Suara Merdeka*, 10.8.

## Akbar Tanjung ist neuer Vorsitzender von Golkar

Unter regem nationalen Interesse verlief vom 9.-11. Juli die sogenannte »Außerordentliche Nationale Beratung Golkar« (*Munaslub Golkar*). Zum allerersten Mal wurde der Generalvorsitzende des Zentralrates (DPP Golkar) auf demokratischem Wege gewählt. Akbar Tanjung löst somit den ehemaligen Suharto-Getreuen Harmoko ab und wird voraussicht-

lich bis zum Jahr 2003 im Amt bleiben. Von nahezu allen Seiten wurde der Sieg Tanjungs über seinen Rivalen, den ehemaligen Verteidigungsminister und Armeechef Edi Sudrajat, als wichtiger Schritt in Richtung einer fälligen Demokratisierung der ehemaligen Regierungspartei gewertet.

Der Wahlvorgang wurde von Beobachtern und Teilnehmern

als korrekt bezeichnet. Jedoch scheint erwiesen, daß versucht wurde, von außen auf die Stimmberechtigten Einfluß zu nehmen. Die Rede war hierbei vor allem von Einschüchterungen und massivem Geldeinsatz zum Kauf von Stimmen. Die Wahl galt Beobachtern als interner Positionskampf zwischen Sympathisanten des alten Regimes und reformorientierten Kräften.

# nachrichten

vgl. Kompas 12.7.; Suara Merdeka 12.7.; Jawa Pos 12.7.

## Acehs Status als »Militärische Einsatzzone«

15. August/Jakarta: Präsident Habibie hat in einer Erklärung sein tiefstes Bedauern über die Verfehlungen des indonesischen Militärs in verschiedenen Gebieten im Rahmen ihres Einsatzes zur Bekämpfung separatistischer Bewegungen zum Ausdruck gebracht.

»Zur Ehrung und Aufrechterhaltung der Menschenrechte ersuche ich die Gesellschaft, besonders die Familien der Opfer, im Namen der Regierung um Vergebung«, so der Präsident.

Indonesische Medien wußten in jüngster Zeit über eine mögliche Rücknahme der Bezeichnung DOM (»Militärische Einsatzzone«) für die Provinz Aceh (Nord-Sumatra) zu berichten.

Der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, General Wiranto, soll dies nach einem Besuch in der sogenannten »Sonderzone« angekündigt haben. Kurz darauf jedoch wurde die Aufkündigung der Bezeichnung DOM von anderer Seite relativiert. Generalleutnant Fachrul Razi sagte, man habe einen teilweisen Abzug militärischen Personals aus Aceh im Sinn, wie auch in den weiteren »Problemgebieten« Ost-Timor und Irian Jaya. In Aceh beispielsweise werde man laut Razi die Truppenstärke auf ein bis zwei Bataillone verringern.

Währenddessen haben auch die nationale Menschenrechtskommission Komnas HAM und das »Komitee für Vermißte« (Kontras) Mitarbeiter nach Nord-Sumatra gesandt,

um die Berichte über Entführungen, Folter und Mord von Seiten des Militärs an der örtlichen Bevölkerung zu überprüfen. Seit der Zeit, in der Aceh als Region separatistischer Bewegungen galt (seit 1990 als »militärische Einsatzzone« gehandelt), stieß die Bevölkerung immer wieder auf Leichen, deren Identität bis zuletzt ungeklärt blieb. Die Toten, die vom Militär üblicherweise zu sogenannten »Bewegungen zur Störung der Sicherheit« (GPK) gerechnet wurden, waren entweder verscharrt worden oder fanden sich in Flüssen, unter Brücken oder gar auf Bäumen. Die meisten jedoch wurden einfach an den Straßenrand geworfen.

vgl. Waspada 16.8., 17.8.

## CGI und IMF

### versprechen

### 14 Mrd. Dollar

### Hilfe

Zwischen 1998 und 1999 wird Indonesien Auslandshilfen von 14,19 Milliarden US-Dollar erhalten. Die Summe setzt sich aus einer Anleihe der *Consultative Group on Indonesia* (CGI) von ca. 7,9 Milliarden US-Dollar und einer Finanzspritze des *International Monetary Funds* (IMF) von ca. 6,3 Milliarden US-Dollar zusammen.

Präsident Habibie zeigte sich nach Meldungen der indonesischen Presse hoch erfreut über diese Nachricht. Laut Prof. Rahardi Ramelan, Minister für Industrie und Handel, ist der Präsident der Ansicht, daß Indonesiens Wirtschaft noch im September eine Wende zum Guten vollbringen werde. Die Forderungen des IMF gegenüber der indonesischen Regierung lassen sich in drei Bereiche gliedern: Erstens, eine Verbesserung des Distributionssystems, um die Grundbedürfnisse der Menschen in allen Gebieten decken zu können. Zweitens, eine beschleunigte Restrukturierung des maroden nationalen Bankwesens. Drittens, die Behebung der Verschuldung durch das Programm *Indonesian Dept Restructuring Agency* (Indra).

In die allgemeine Zustimmung mischen sich jedoch auch skeptische Töne, die mit der großzügigen Unterstützung aus dem Ausland auch Indonesiens Abhängigkeiten wachsen sehen.

vgl. Republika 31.7.

## Mehr als 40 neue Parteien gegründet

Unter den mehr als 40 neuen Parteiregistrierungen, die im Innenministerium eingegangen sind, sorgten vor allem die »islamischen« für Aufsehen. Zu ihnen gehören die von Prof. Deliar Noer ins Leben gerufene »Partei der islamischen Gemeinde Indonesiens« (PUI), die NU-nahe »Partei der Erhebung des Volkes« (PKB) unter Vorsitz von Matori Abdul Djatal, Prof. Yusril Ihza Mahendras »Mond-Stern Partei« (PBB) und die mehrheitlich von unbekannteren, jungen Aktivisten geleitete »Partei für Gerechtigkeit« (PK). Überdies haben NU-Mitglieder eine zweite Partei in Konkurrenz zur erwähnten PKB gegründet, die »Partei der Nahdlatul Ulama« (PNU). Die Deklaration von Amien Rais' lange

angekündigter Partei PAN (oder PAB) ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt für den 23. August vorgesehen.

Andere »islamische Parteien« sind die »Vereinigte Islamische Partei« (PSII), die »Partei der Indonesischen Muslime« (PUMI) und die »Islamische Partei Indonesiens« (PII).

Weiter zu erwähnen sind Laura Sitompul »Nationale Christenpartei Indonesiens« (PKNI), Bachtiar D. Chaliks »Nationale Partei Indonesiens« (PNI) oder die Partei der chinesischen Minorität, die »Reformpartei der Chinesen Indonesiens« (Parti) unter Lius Sungkhari.

Ferner existieren u.a.: die »Partei der Armen Bevölkerung Indonesiens« (Parmi), die »Reformunterstützende Partei«,

die »Partei des Kampfes des Indonesischen Volkes« (PPRI), die »Vereinigte Föderation der Arbeiterschaft Indonesiens«, die »Partei der Republik Indonesiens«, die »Nationale Partei des Indonesischen Volkes« (PNBI) und die »Erneuerungspartei Indonesiens« (PPI).

Außerdem haben einige Vertreter des nationalistischen Lagers, darunter der ehemalige Minister für Transmigration, Siswono Yudhohusodo, die Gründung einer »Bewegung für Gerechtigkeit und die Einheit des Volkes« angekündigt. Diese soll sich in verschiedenen Gebieten des Archipels etablieren, bevor die Gründung einer Partei anvisiert werden kann.

vgl. Waspada 23.7.; Suara Merdeka

12.8. 1998

# nachrichten

Der Machtwechsel in Indonesien gab der Diskussion um Regionen wie Westpapua, Aceh und Osttimor neuen Aufwind. Ein Brief von Mitgliedern des US-Kongresses vom 22. Mai an Habibie forderte, im offenen Dialog eine gerechte Lösung für den politischen Status Irian Jayas und Osttimors zu suchen. Ermutigt durch den Brief demonstrierten in den Städten Sorong und Jayapura am 1. und 2. Juli einige hundert Menschen vor den lokalen Parlamentsgebäuden. Neben Fragen der Unabhängigkeit ging es ihnen auch um die Freilassung der OPM-Gefangenen, den Rückzug der indonesischen Soldaten aus Westpapua und um Landrechte. Die Spannungen zwischen Demonstrierenden und dem Sicherheitsapparat waren wie üb-

Für eine Lösung des Konfliktes werden Meinungsfreiheit und eine offene Atmosphäre als dringend notwendig angesehen, damit die Menschen in ihrer Hilflosigkeit ihre Bestrebungen nicht durch Gewalt ausdrücken. Das am 24. Juli gegründete Versöhnungsforum aus den gesellschaftlichen Gruppen Westpapas (FORERI) will den Dialog fördern und den Menschen, einen Kanal bieten, um ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen. Die systematische Meinungssammlung über den politischen Status ist eines der Hauptziele von FORERI.

Armeechef Wiranto hingegen erklärte am 7. Juli lediglich, »wo immer eine andere als die indonesische Flagge gehißt wird, muß das ein Verrat sein, und ABRI wird dies nicht tolerieren«. Unbeindruckt von den scharfen Reaktionen im In- und

lich groß, es kam schnell zu Ausschreitungen. Geschäfte, Büros und Autos wurden zerstört. Ein Angehöriger des militärischen Geheimdienstes, der in Jayapura von Demonstrantinnen zusammengeschlagen worden war, starb einige Tage später im Krankenhaus. Auch der Student Steven Suripatty erlag am 19. Juni einem Kopfschuß. In Sorong verlor eine schwangere Demonstrantin ihr Leben durch Schußverletzungen.

In Biak wurde am 2. Juni eine OPM-Fahne auf einem Wasserturm gehißt, wo sich einige hundert Menschen versammelt hatten. Trotz Verhandlungen am 5. Juli zwischen Kirche, Distriktsverwalter und Polizeichef begann am frühen Morgen des nächsten Tages ein Angriff auf den Turm durch örtliche Sicherheitskräfte, die durch ein Bataillon aus Ambon Unterstützung erhielten. Schon 200 Meter vor dem Wasserturm wurden fünf Menschen, die die Geschehnisse von ihren Häusern aus verfolgten, durch Schüsse verletzt. Militärangehörige erklärten, einige Personen seien von verirrten Kugeln getroffen worden.

Ausland beschuldigt der Militärkommandeur Westpapas in alter Manier »externe Kräfte«, die Unruhen unterstützt zu haben. Seine Soldaten würden diejenigen suchen, die den Brief des US-Kongresses an Habibie verbreitet hätten und mit harten Maßnahmen durchgreifen

Eine größere Autonomie wird u.a. von Amien Rais, dem Vorsitzenden der Muslimorganisation Muhammadiyah, und von der Menschenrechtskommission Komnas HAM befürwortet. Die zentralistische Regierung in einem so riesigen Staat habe nur zu Grausamkeiten und Gewalt geführt, meint auch der Schriftsteller Mangunwidjaya, der Möglichkeiten des Föderalismus diskutiert. Der Gouverneur Westpapas wendet ein, für mehr Autonomie sei die Provinz noch nicht reif, da es den Menschen an

## Unabhängigkeitsdemonstrationen im Juni

Bei dem Angriff kam mindestens ein Mann ums Leben. Die Angaben über die Verletzten bewegen sich zwischen 22 und 24. Von den Verhafteten wurden am 8. Juli noch 40 festgehalten. Die Verletzungen einiger der Festgenommenen wurden nur unzureichend behandelt. Human Rights watch berichtet von einem 11-jährigen Jungen, der in der Haft mit einer Rasierklinge drangsaliert wurde.

Unmittelbar nach den Ereignissen gab es nach Biak nur telefonischen Kontakt. Die nach wie vor herrschenden großen Unsicherheiten über Einzelheiten und Opferzahlen sind jedoch größtenteils forciert. Die Krankenhausangestellten erhielten offensichtlich den Befehl, keine Angaben über Tote und Verletzte zu machen. Bald darauf wurden die Verletzten vom zivilen in ein Marinekrankenhaus überführt. Am 12. Juli mußte ein ARD Team Irian Jaya verlassen. Es konnte keine gesonderte Reise Genehmigung für die Provinz vorlegen. Die Sicherheitskräfte beharren darauf, keine Berichte von Todesfällen erhalten zu haben. Jedoch werden noch

mindestens 9 Personen vermißt. Mitte und Ende Juli wurden mindestens 15 Leichen am Strand bzw. im Meer treibend gefunden. Die Behörden vermuten offiziell, daß es sich bei ihnen um Opfer des Tsunamis aus dem 600 km entfernten Papua-Neuguinea handelt. Menschenrechtler und Kirchen beanstanden hingegen das Fehlen von Autopsien und einer sorgfältigen Aufklärung der Herkunft der Toten.

Die übermäßige Gewalt der Soldaten bei den Unabhängigkeitsdemonstrationen in Juni wurde im In- und Ausland kritisiert, u.a. vom U.S. State Department und dem australische Außenminister Downer. In der Zeit der Unruhen besuchte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Werner Hoyer, Habibie, äußerte sich jedoch nicht zu den Geschehnissen.

vgl. rtr 10.7.; AFP 6., 7.7.; Jakarta Post 13., 30.7.; Human Rights Watch 9.7.; tapol 2.7.; Suara Pembaruan 4.7.; THE AGE 8.7.; AI: ASA 21.7.98;

## Reformen für Westpapua?

Ausbildung fehle. Kritik, Demonstrationen und Unruhen würden eine autonome Provinzregierung darin behindern, Probleme wie die wirtschaftliche Krise zu bewältigen. Erfahrungen und Ausbildung sollten hingegen entwickelt werden, um in der Zukunft größere Autonomie zu erreichen.

Eigene Vorstellungen über die Zukunft Westpapas hat das Militär. Am 8. August gab Militärkommandeur Sembiring bekannt, die Soldaten sollten künftig in Westpapua nicht mehr in den Wäldern nach Separatisten jagen, sondern bei der Entwicklung der »rückständigen« Bevölkerung helfen. Neben Waffen sollten sie nun mit landwirtschaftlichen Geräten ausgestattet werden. Offen bleibt die Frage, ob die Militärangehörigen verstanden haben, worum es bei den Reformen eigentlich geht.

Auch in Wamena, nahe der Kupfermine des Freeports Konzerns, fand am 7. Juli eine Unabhängigkeitsdemonstration statt, wobei es nicht zu gewalttätigen Zusammenstößen kam. Nach Human Rights Watch könnte sie inszeniert worden sein, um zu beweisen, daß es im Distrikt separatistische Bewegungen gebe. Dies würde die Streitkräfte bekräftigen in ihrem Anspruch auf das Büro des Distriktchefs, um das zur Zeit mit einem zivilen Kandidaten konkurriert wird.

vgl. rtr 7., 22.7.; Human Rights Watch 9.7.; Gründungserklärung FORERI 24.7.; Waspada 13.7.; South China Morning Post 13.7.; Jakarta Post 4.8.; AFP 8., 25.8.98